

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  <b>V0007/14</b> öffentlich	Referat	OB
	Amt	Hauptamt
	Kostenstelle (UA)	0000
	Amtsleiter/in	Herr Hans Meier
	Telefon	3 05-10 10
	Telefax	3 05-10 09
	E-Mail	hauptamt@ingolstadt.de
Datum	14.04.2014	

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>	<b>Beschlussqualität</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
Stadtrat	02.05.2014	Entscheidung	

### **Beratungsgegenstand**

Kommissionen Soziale Stadt für das Augustin-, Konrad- und Piusviertel

- Anträge der Bezirksausschüsse Nordwest, Nordost und Südost
- Änderung der Richtlinien der Kommission Soziale Stadt für das Piusviertel

### **Antrag:**

1. Die Anträge der Bezirksausschüsse Nordwest, Nordost und Südost vom 10.07.2012 und 16.05.2013 werden abgelehnt.
2. § 3 Abs. 1 der Richtlinien der Kommission Soziale Stadt – für das Piusviertel (Zusammensetzung) erhält die im Kurzvortrag dargestellte Fassung.

gez.

Dr. Alfred Lehmann  
Oberbürgermeister

gez.

Helmut Chase  
Berufsmäßiger Stadtrat

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Entstehen Kosten:**             ja                     nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von            Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von            Euro müssen zum Haushalt 20            wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

**Kurzvortrag:**

1. Ausgehend vom Antrag des Bezirksausschusses Nordwest, ein Anhörungsrecht zu den „Belangen der Stadtteiltreffs“ zu erhalten, wurde von den Vorsitzenden der Bezirksausschüsse Nordwest, Nordost und Südost beantragt, die Kommissionen Soziale Stadt für das Augustin-, Konrad- und Piusviertel nach dem jeweiligen Ende der Förderungen des Projekts „Soziale Stadt“ aufzulösen. Vielmehr solle es einen kleinen Führungsstab geben, dem auch Vertreter des jeweiligen BZA angehören. Grundsätzliche Regelungen für die Stadtteiltreffs, vor allem hinsichtlich des Betriebs, sollten in Abstimmung mit den BZA´s getroffen werden. Falls die Kommissionen bestehen bleiben, sei die Anlage zur Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse mit dem neuen Punkt 44 „Betrieb und Programmgestaltung der Stadtteiltreffs“ zu ergänzen.

Die Städtebauförderung enthält keine zwingenden Vorgaben zur Errichtung von Gremien dieser Art. Es wird jedoch empfohlen, Lenkungsgruppen aus gleichberechtigten Vertretern der Verwaltung, der Projektleitung, des Quartiersmanagements, evtl. Mandatsträgern und weiteren Akteuren zu bilden. Die Regierung von Oberbayern empfiehlt die Bildung von Kommissionen insbesondere um Transparenz und Bürgernähe zu gewährleisten.

Im Piusviertel werden lediglich noch einige wenige bauliche Restmaßnahmen durch das

staatliche Förderprogramm bezuschusst, das Personal und die sozialen Maßnahmen werden seit 2011 komplett von der Stadt Ingolstadt getragen. Dabei wurde vom Stadtrat beschlossen, auch nach Ablauf des Förderprogramms die Arbeit in gewohnter Weise fortzusetzen. Im Augustin- und Konradviertel läuft das Förderprogramm noch bis mindestens 31.12.2015.

Die Verwaltung und insbesondere die Projektleitung empfehlen deshalb, die Kommissionen beizubehalten. Besonders würden im Piusviertel ohne Projekt „Soziale Stadt“ gewachsene Strukturen in Form von Organisationen und Anlaufstellen verloren gehen, die sich in anderen Stadtteilen seit Jahrzehnten mit Vereinen und sonstigen Einrichtungen gebildet haben. Der Antrag, diese Gremien auf einen kleinen Führungsstab zu verkleinern, widerspricht dem Programm Soziale Stadt, das auf Einbezug vieler Akteure und Bürger setzt. Die Besetzung der Kommissionen für das Augustin- und Konradviertel soll unverändert bleiben.

Betrieb und Programmgestaltung der Stadtteiltreffs sollten aus Sicht der Projektleitung weiterhin Sache der Verwaltung bleiben und nicht als Anhörungsrecht in die Geschäftsordnung der Bezirksausschüsse aufgenommen werden. Konsequenterweise müssten die Bezirksausschüsse dann auch in die Programmgestaltung anderer städtischer Stellen, wie der VHS und des Bürgerhauses einbezogen werden.

2. Da die Kommission für das Piusviertel zeitlich früher entstanden ist, als die anderen beiden Gremien, und ihr damit mehr Mitglieder angehören, wird vorgeschlagen, ihre Besetzung der Mitgliederanzahl in den Kommissionen für das Augustin- und Konradviertel anzugleichen.

§ 3 Abs. 1 neue Fassung:

„(1) Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

- 1 Vertreter der CSU-Fraktion
- 1 Vertreter der SPD -Fraktion
- 1 Vertreter der FW -Fraktion
- 1 Vertreter der Fraktion Bündnis 90 / Der Grünen
- 1 Vertreter des Bezirksausschusses Nordwest
- 4 Vertreter aus dem Bau-, Kultur-, Rechts- und Sozialreferat
- 1 Integrationsbeauftragter der Stadt Ingolstadt
- 1 Familienbeauftragter der Stadt Ingolstadt
- 1 Vertreter des Migrationsrates
- 2 Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften
- 2 Vertreter der im Piusviertel engagierten Wohlfahrtsverbände
- 2 Vertreter der im Piusviertel vertretenen Pfarreien
- 2 Vertreter der Schulen
- je 1 Vertreter der in der Sozialen Stadt Piusviertel gegründeten Arbeitskreise
- 1 Vertreter des TV 1861 Ingolstadt e.V.
- 1 Vertreter des FC Grün Weiß Ingolstadt e.V.
- 1 Vertreter des Wandervereins Pius Ingolstadt e.V.“

Die Geschäftsordnungskommission hat der Beibehaltung der Kommissionen und damit der Ablehnung der Anträge der Bezirksausschüsse zugestimmt. Gleichzeitig sprach sie sich für o. a. Reduzierung der Mitgliederanzahl in der Kommission Soziale Stadt für das Piusviertel aus.